

II-10780 der Beilagen zu den Stenografischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 529813

1993 -07- 15

ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. Haider, Dr. Partik-Pablé, Haller
an den Bundesminister für Arbeit und Soziales
betreffend Begleitmaßnahmen zum Bundespflegegeldgesetz

Entgegen der im Arbeitsübereinkommen der Koalitionsparteien gemachten Versprechungen und der Vereinbarung zwischen Bund und Ländern wurden bisher keine Maßnahmen gesetzt, um die Absicherung und die Klärung der rechtlichen Stellung der Pflegepersonen voranzutreiben. Derartige Maßnahmen sind aber dringend erforderlich, um eine sinnvolle und gesetzeskonforme Anwendung des Pflegegeldes zu ermöglichen.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten in diesem Zusammenhang an den Herrn Bundesminister für Arbeit und Soziales die nachstehende

Anfrage:

1. Werden Sie Gesetzesänderungen vorschlagen, um einen negativen Einfluß von Einkünften aus der privaten Pflege, die aus dem neuen Pflegegeld finanziert werden, sowohl beim Anspruch auf Ausgleichszulage als auch bei gleichzeitigem Bezug von Karenzurlaubsgeld auszuschließen?
2. Wenn nein, warum wollen Sie den Kreis der Bezieher solcher Leistungen von der Pflege ausschließen und damit die Wirksamkeit des Pflegegeldes verringern?
3. Werden Sie eine einfache und billige Sozialversicherung für Personen ermöglichen, die jemanden gegen Bezahlung aus dem Pflegegeld versorgen?
4. Wenn nein, warum nicht?
5. Welche Maßnahmen werden Sie setzen, damit die Beschäftigung einer Pflegeperson als Dienstnehmer erleichtert und angesichts der geringen Höhe des Pflegegeldes die Beiträge dafür reduziert werden?

6. **Wird die oftmals angekündigte Anrechnung der Pflegezeiten von Verwandten für die Pensionsversicherung bei der nächsten Novelle zu den Sozialversicherungsgesetzen von Ihnen vorgeschlagen werden? Wenn nein, warum nicht?**

Wien, am 15. Juli 1993